



März 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.



© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND März 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. März 2009 Sonntagsfrage: 02. bis 04. März 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND März 2009

Die Zahl der Bürger, die den Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht erreicht sehen, ist zum Vormonat deutlich auf 81 Prozent gestiegen. Mittlerweile glaubt gut die Hälfte der Bundesbürger, dass die Krise ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft tangieren wird. Erstmals seit Beginn der Krise überwiegt die Zahl derer, die sich um die Sicherheit ihrer Ersparnisse Sorgen machen. Zugleich ist die Furcht der Erwerbstätigen um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes gewachsen. Diesen wachsenden Sorgen kann die Bundesregierung momentan nur wenig entgegen setzen. Zwei Drittel vermissen eine klare Linie der Bundesregierung im Umgang mit der Krise.

Staatliche Milliarden-Hilfen für kleinere und mittelständische Unternehmen finden bei einer großen Mehrheit Zustimmung, während Hilfen der öffentlichen Hand für die Autoindustrie, Banken oder EU-Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus Sicht der Bürger eher nicht gerechtfertigt sind. So spricht sich auch nur jeder Zweite für ein Eingreifen des Staates bei Opel und nur drei von zehn für entsprechende Hilfen für Schaeffler-Continental aus. Verbreitet ist die Sorge, dass der Staat in der Krise durch die Wirtschaft ausgenutzt wird.

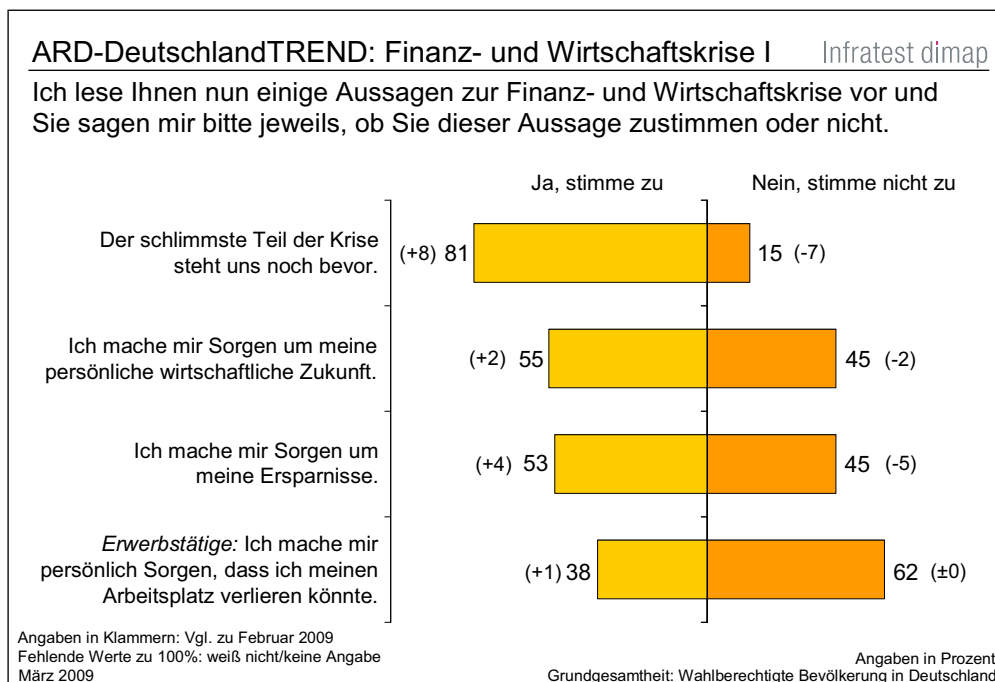
Die skeptische Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung drückt auf die Regierungszufriedenheit. Der seit Herbst bestehende positive Trend für die große Koalition hat sich im März sichtbar umgekehrt. Die abnehmende Zufriedenheit mit der großen Koalition schlägt sich insbesondere in der Beurteilung der Unions-Spitzen nieder: Angela Merkel wie Horst Seehofer verlieren gegenüber dem Vormonat deutlich. Die Kanzlerin gibt im Ergebnis den ersten Platz in der Politikerzufriedenheit an Außenminister Frank-Walter Steinmeier ab. In der Kanzlerpräferenz liegt die CDU-Vorsitzende zwar weiterhin klar vor dem SPD-Herausforderer, ihr Vorsprung ist jedoch gesunken.

In der aktuellen politischen Stimmung bleibt die Union weiter unter Druck. Sie hätte aktuell 32 Prozent in Aussicht. Sie liegt damit 2 Punkte unter dem Niveau des Vormonats und so schlecht wie seit November 2006 nicht mehr. Die Sozialdemokraten legen dagegen binnen Monatsfrist 2 Punkte zu. Sie würden derzeit 27 Prozent erzielen, für sie der beste Wert seit Mai 2008. Weiter Rückenwind verspürt die FDP. Sie verbessert sich um 1 Punkt und liegt damit erstmals im DeutschlandTREND bei einem Anteil von 17 Prozent. Die Grünen könnten wie im Vormonat mit 11 Prozent rechnen, die Linken nach leichten Einbußen (-1) mit 10 Prozent. Die sonstigen Parteien kämen zusammen wie im Februar auf 3 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom März, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 2. bis 3. März 1.000, für die Sonntagsfrage vom 2. bis 4. März 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

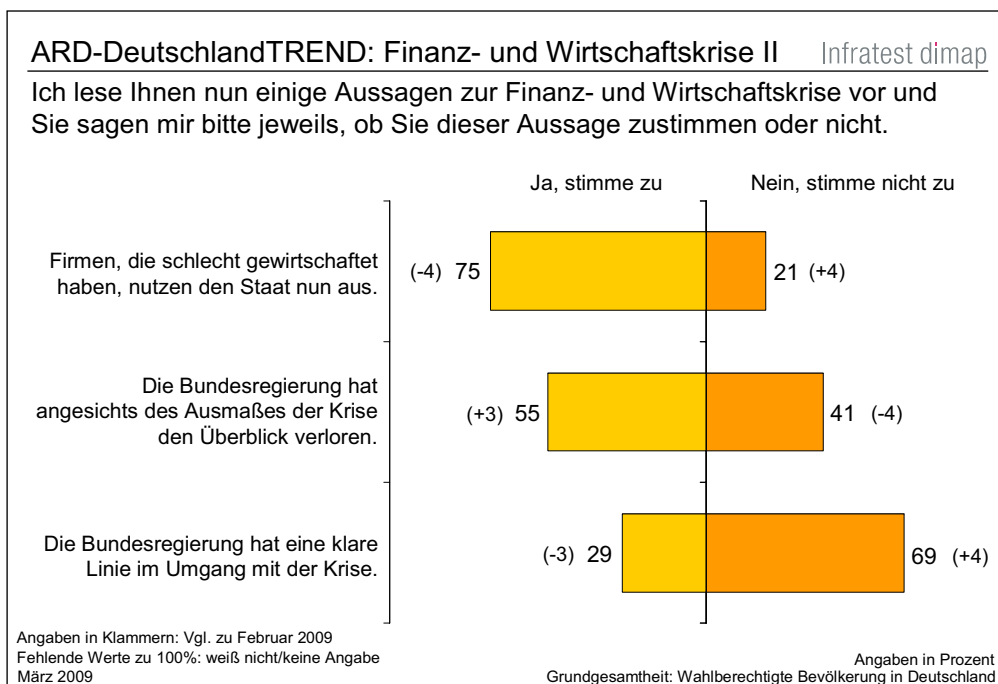
Wirtschaftskrise: Sorge um Ausmaß der Krise wächst deutlich

Die Zahl der Bürger, die den Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht erreicht sehen, ist zum Vormonat deutlich gestiegen: Statt 73 Prozent rechnen aktuell acht von zehn Bundesbürgern (81 Prozent) damit, dass der schlimmste Teil der Krise erst bevorsteht. In der Folge haben diffuse wie konkrete Ängste weiter an Gewicht gewonnen. Mittlerweile glaubt gut die Hälfte der Bundesbürger, dass die Krise ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft (55 Prozent; +2) tangieren wird. Vor allem die Sorge um die eigenen Ersparnisse bewegt zunehmend die Deutschen (53 Prozent; +4). Erstmals seit Beginn der Krise überwiegt die Zahl derer, die sich um die Sicherheit ihrer Geldrücklagen beunruhigt zeigt. Mit den negativen Meldungen vom Arbeitsmarkt ist zugleich die Unsicherheit unter den Erwerbstätigen gewachsen: Vier von zehn (38 Prozent, +1) fürchten aktuell um den Verlust ihres Arbeitsplatzes.



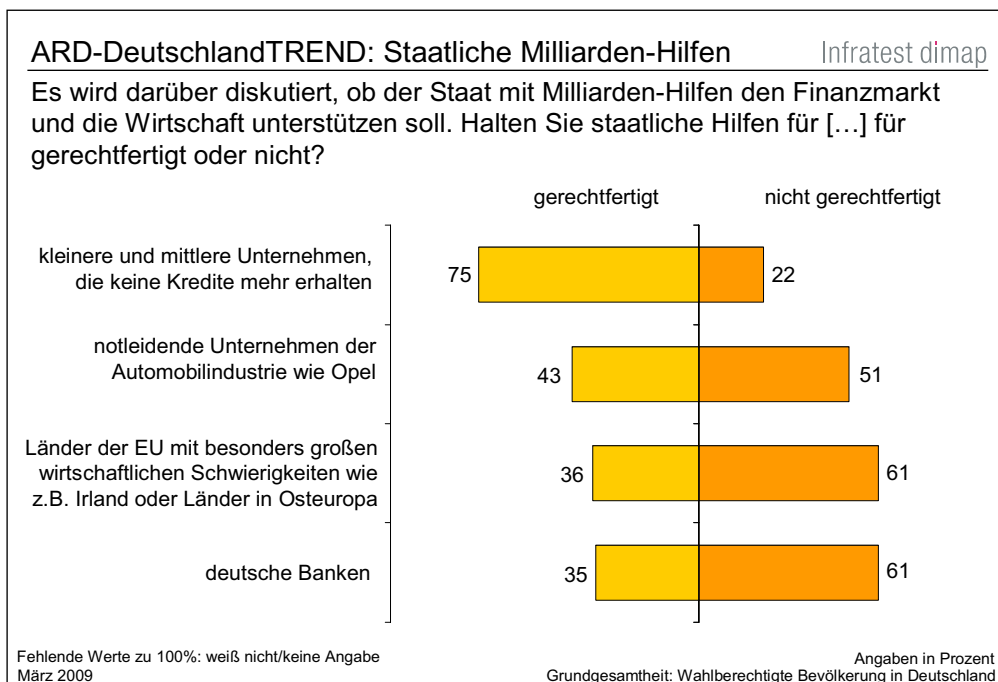
Krisenmanagement der Bundesregierung liefert keinen Vertrauensimpuls

Die nicht abreienden Krisenmeldungen und die Diskussion von immer neuen und weiter reichenden Maßnahmen machen es der Koalition zunehmend schwerer, wirtschaftspolitisches Vertrauen bei den Bürgern zu stiften. Die Zahl derer, die eine klare Linie der Bundesregierung im Umgang mit der Krise vermissen, ist von 65 auf 69 Prozent gestiegen. Nach 52 Prozent im Vormonat beklagen aktuell 55 Prozent, die Berliner Politik habe angesichts des Krisenausmaes den Überblick verloren. Mit 75 Prozent bleibt die Sorge verbreitet, dass der Staat in der Krise durch die Wirtschaft ausgenutzt werden könnte.

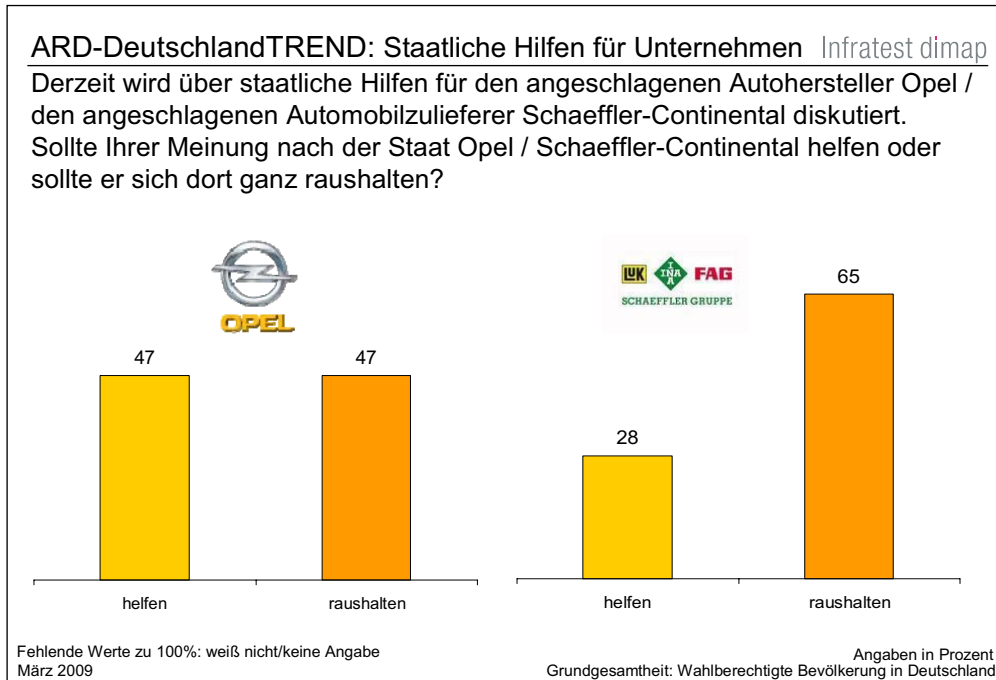


Kriseninterventionen des Staates: Sympathie für Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen

Die bisherige Haltung der Politik, staatliche Hilfen auf sogenannte systemrelevante Unternehmen zu konzentrieren, wird von den Bundesbürgern nicht nachvollzogen. Staatliche Hilfen für Banken oder auch notleidende Unternehmen der Autoindustrie werden durch 35 Prozent bzw. 43 Prozent der Bundesbürger als gerechtfertigt betrachtet. Hilfen für kleinere und mittlere Unternehmen finden dagegen die Unterstützung von 75 Prozent. Ungeachtet der engen Verzahnung im europäischen Wirtschafts- und Finanzraum und entsprechender Risiken auch für Deutschland fällt die finanzielle Unterstützung für in Schwierigkeiten geratene EU-Länder unter den Bundesbürgern gering aus. Nur ein gutes Drittel von ihnen (36 Prozent) befürwortet derartige Hilfsmaßnahmen.



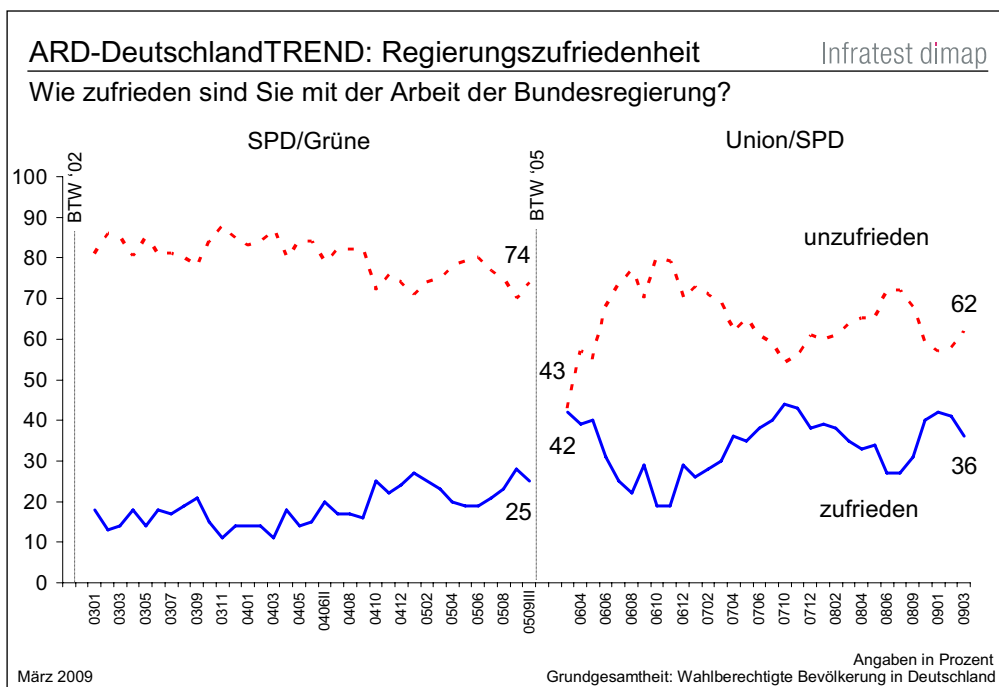
Konkret nach dem Automobilhersteller Opel gefragt, ist die Bevölkerung geteilter Meinung: 47 Prozent befürworten staatliche Hilfen und ebenso viele lehnen sie ab. Ganz anders sieht es bei dem Automobilzulieferer Schaeffler-Continental aus, dem lediglich 28 Prozent Unterstützung zukommen lassen wollen, während zwei von drei Bürgern (65 Prozent) dies ablehnen.



Den größten Zuspruch für Hilfen sowohl bei Opel als auch bei Schaeffler finden Bürgschaften, gefolgt von Beteiligungen oder direkten finanziellen Hilfen.

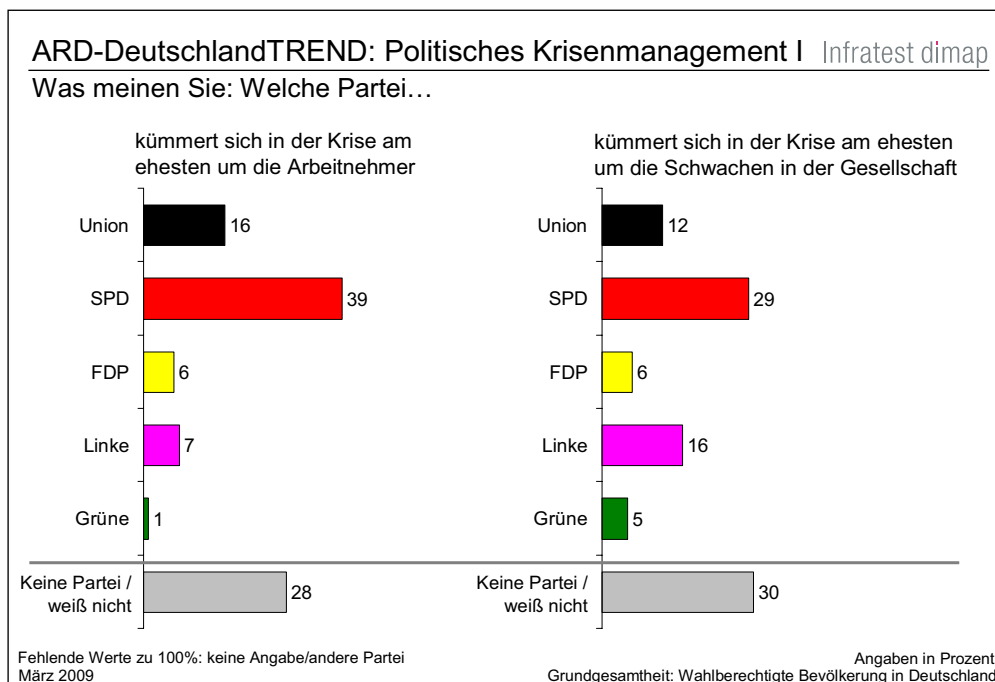
Regierungszufriedenheit: positiver Trend umgekehrt

Die skeptische Bewertung der Berliner Krisenmaßnahmen drückt im März auf die Regierungszufriedenheit. Der seit Herbst bestehende positive Trend für die große Koalition hat sich erstmals sichtbar umgekehrt. Nach 41 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell nur 36 Prozent zufrieden mit der Arbeit des Kabinetts, so wenige wie seit letztem September nicht mehr. 62 Prozent der Bundesbürger üben dagegen Kritik. Unionsanhänger äußern sich zwar nach wie vor wesentlich positiver als Anhänger anderer Parteien, mit 37 Prozent fällt allerdings der Anteil der Kritiker unter ihnen nochmals erkennbar höher aus als vor einem Monat (32 Prozent).

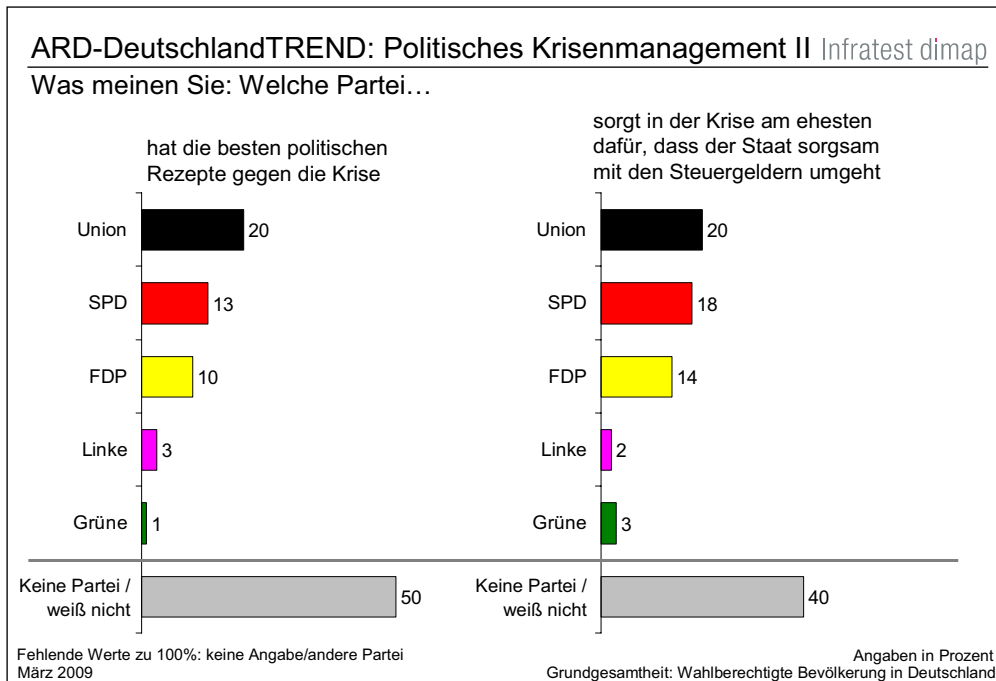


Krisenkompetenzen: Unions-Schwäche in Wirtschafts- und Haushaltsfragen

Das verunsichernde Ausmaß der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise prägt den derzeitigen Blick auch auf die Parteienlandschaft. So zeigt sich eine deutliche Vertrauensschwäche bei den politischen Krisenkonzepten und beim Umgang mit Steuergeldern: Nur die Hälfte der Bundesbürger kann aktuell auf die Frage, wer über die besten politischen Krisenrezepte verfügt (47 Prozent), eine Partei benennen. Beim sorgsamem Umgang mit staatlichen Mitteln sind es aktuell nur sechs von zehn (57 Prozent).



Die **Union** als klassische Wirtschaftspartei ist von dieser wirtschafts- und steuerpolitischen Vertrauensschwäche besonders betroffen. Sie bindet mit ihrer Krisenstrategie zwar mehr Vertrauen als jede andere Partei, letztlich überzeugt sie jedoch nur jeden fünften Wahlberechtigten (20 Prozent). Was den sorgsamem Umgang mit Steuergeldern in der Krise anbetrifft, liegt die Union im Urteil der Wahlberechtigten mit ebenfalls 20 Prozent sogar nur knapp vor der SPD (18 Prozent). Mit jeweils zweistelligen Kompetenzwerten profitiert hiervon vor allem die **FDP**: Zehn Prozent der Bundesbürger weisen den Liberalen die besten politischen Krisenrezepte zu, 14 Prozent sehen sie als Garanten für einen behutsamen Umgang mit staatlichen Mitteln.

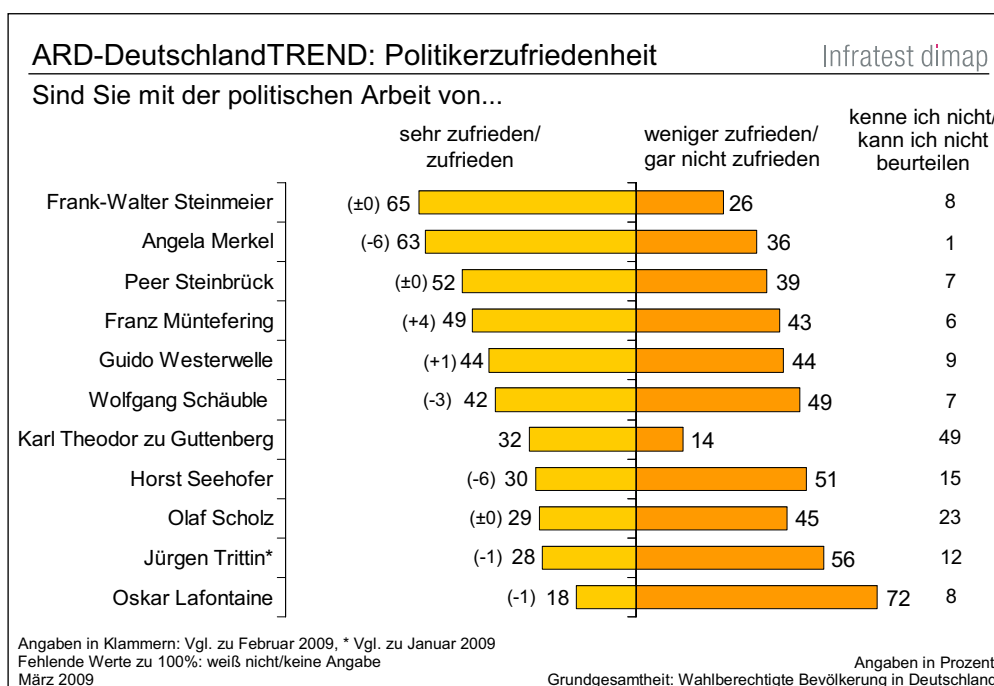


Die **SPD** dagegen schneidet auch in der Krise auf den klassisch sozialdemokratischen Feldern vergleichsweise gut im Urteil der Bundesbürger ab. In einer Situation, in der mit aktuell 57 Prozent das Gefühl ungerechter Verhältnisse weiterhin dominiert, bindet die SPD beim Einsatz für sozial Schwache (29 Prozent) ein vergleichsweise großes Vertrauen. Noch deutlicher ist das Zutrauen bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen (39 Prozent).

Den **Grünen**, ohnehin traditionell eher in umwelt- und klimapolitischen als in wirtschaftspolitischen Fragen stark, fällt es aktuell schwer, spezielle Krisenkompetenzen aufzubauen. Die **Linkspartei** punktet demgegenüber auch in der schwierigen wirtschaftlichen Situation vor allem als Interessensvertreter der sozial Schwachen (16 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Unions-Spitzen mit Einbußen, Merkel hinter Steinmeier

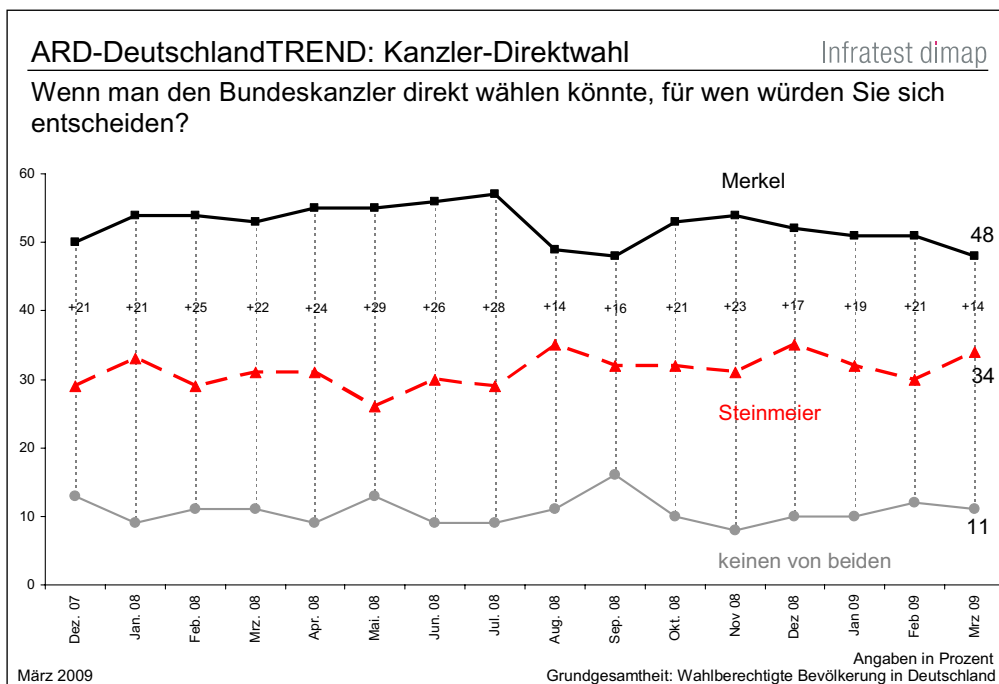
Die abnehmende Zufriedenheit mit der Bundesregierung schlägt sich im März auch in der Beurteilung der Kabinettsmitglieder nieder, wobei ausschließlich Unions-Spitzen betroffen sind. Angela Merkel verliert gegenüber dem Vormonat 6 Punkte. Sie fällt mit einem Zustimmungswert von 63 Prozent in der Rangliste der Parteipolitiker wie zuletzt im Dezember hinter Außenminister Frank-Walter Steinmeier zurück. Der SPD-Kanzlerkandidat wird wie im Vormonat bewertet und erhält den Zuspruch von 65 Prozent. An dritter Stelle liegt mit ebenfalls unverändertem Wert Finanzminister Peer Steinbrück (52 Prozent), an vierter Stelle mit Verbesserung der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering (49 Prozent; +4). Ihnen folgt FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle (44 Prozent; +1). Der Liberale zieht im Urteil der Bundesbürger an CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble (42 Prozent) vorbei, der wie die CDU-Chefin an Sympathien einbüßt (-3).



Der neue Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg von der CSU ist nach knapp einem Monat Amtszeit vielen Bundesbürgern noch kein Begriff, immerhin 32 Prozent äußern sich zu seiner Person jedoch positiv. Zu Guttenberg erzielt damit bundesweit mehr Zuspruch als der CSU-Vorsitzende. Gegenüber Horst Seehofer äußern sich nach deutlichen Einbußen (-6) nur 30 Prozent positiv, so wenige wie nie zuvor im DeutschlandTREND. Der neue Wirtschaftsminister schneidet zugleich besser ab als SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz, zu dessen Person sich wie im Februar 29 Prozent anerkennend äußern. Knapp hinter ihm liegt der Spitzenkandidat der Grünen zur Bundestagswahl, Jürgen Trittin, mit 28 Prozent (-1) Zustimmung. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, steht mit 18 Prozent (-1) unverändert an letzter Stelle der Rangliste.

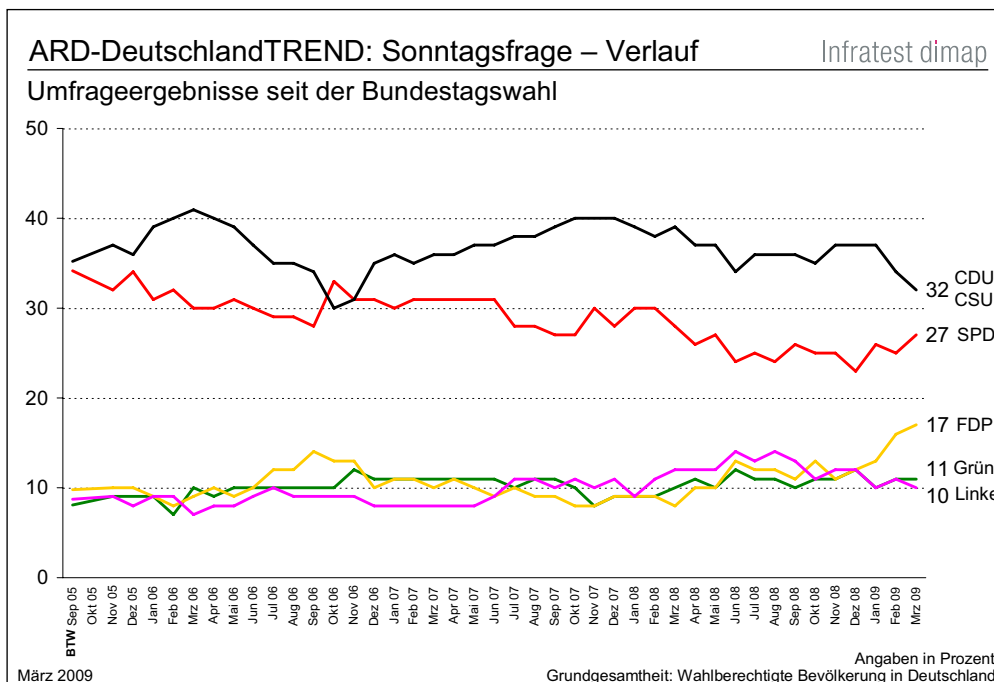
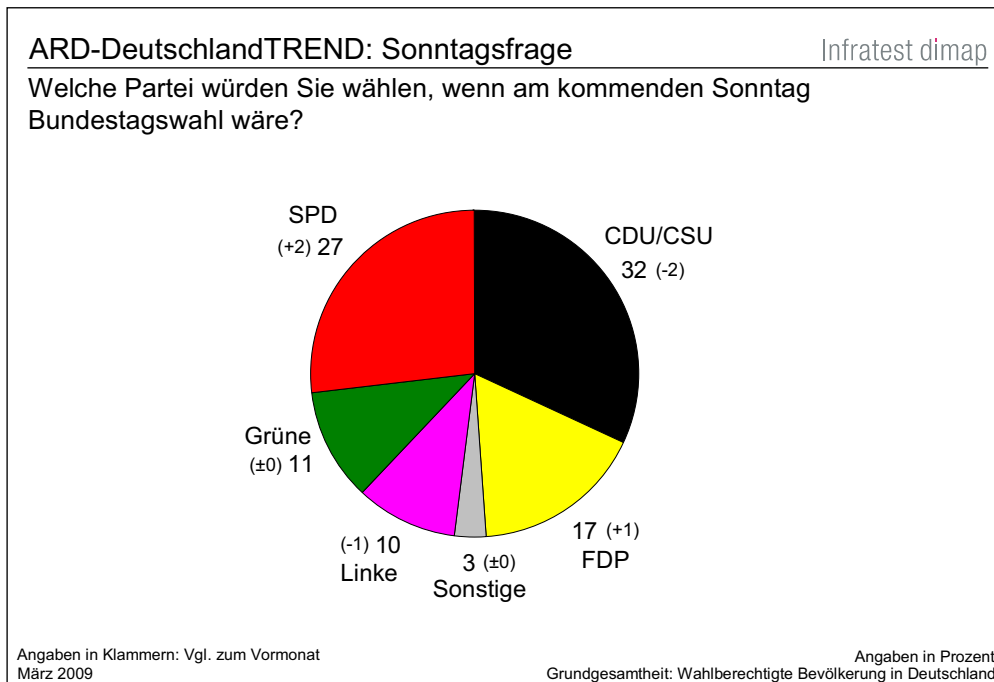
Kanzler-Direktwahl: Merkels Vorsprung gesunken

Die aktuellen Sympathieeinbußen der CDU-Vorsitzenden machen sich auch in der Kanzlerpräferenz bemerkbar. Zwar wünschen sich die Bundesbürger weiterhin eher die CDU-Chefin als den SPD-Herausforderer ins Kanzleramt, jedoch ist der Vorsprung Merkels auf Steinmeier gegenüber Februar gesunken. Wie zuletzt im August vergangenen Jahres trennen damit in der Kanzlerpräferenz beide Kontrahenten aktuell 14 Punkte. Vor einem Monat waren es noch 21 Punkte. Statt 51 Prozent wie im Vormonat sprechen sich momentan 48 Prozent für Angela Merkel aus. Nach 31 Prozent im Februar plädieren derzeit 34 Prozent für Frank-Walter Steinmeier. Während Merkel in der Unions-Anhängerschaft (81 Prozent; -2) Unterstützung einbüßt, konnte Steinmeier seinen Rückhalt vor allem in den eigenen Reihen vergrößern (64 Prozent; +7).

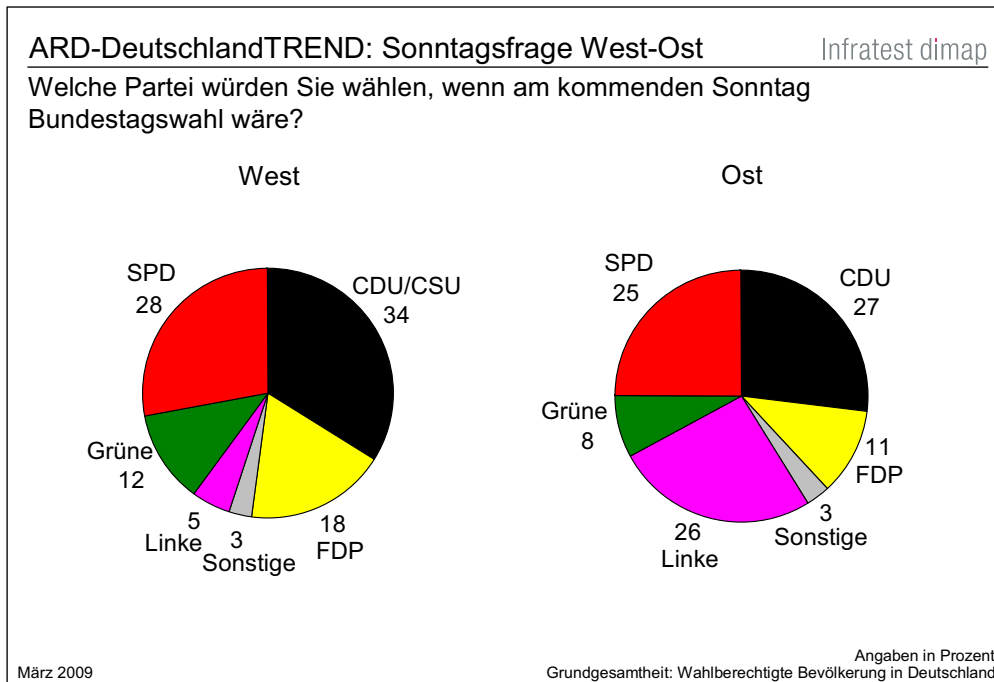


Sonntagsfrage: Union auf niedrigstem Niveau seit November 2006, FDP auf neuem Rekordstand

In der aktuellen politischen Stimmung bleibt die Union weiter unter Druck. Sie hätte aktuell 32 Prozent in Aussicht und liegt damit 2 Punkte unter dem Niveau des Vormonats und so schlecht wie seit November 2006 nicht mehr. Die Sozialdemokraten legen dagegen binnen Monatsfrist 2 Punkte zu. Sie würden derzeit 27 Prozent erzielen, für sie der beste Wert seit Mai 2008.



Weiter Rückenwind verspürt die FDP. Sie verbessert sich um 1 Punkt und liegt damit erstmals im DeutschlandTREND bei einem Anteil von 17 Prozent. Die Grünen könnten wie im Vormonat mit 11 Prozent rechnen, die Linken nach leichten Einbußen (-1) mit 10 Prozent. Die sonstigen Parteien kämen zusammen wie im Februar auf 3 Prozent. In einer solchen Konstellation hätte Schwarz-Gelb eine knappe Mehrheit vor SPD, Grünen und Linkspartei. Allerdings ist das Mobilisierungspotenzial des linken Parteienspektrums derzeit weniger ausgeschöpft als das des bürgerlichen Lagers.



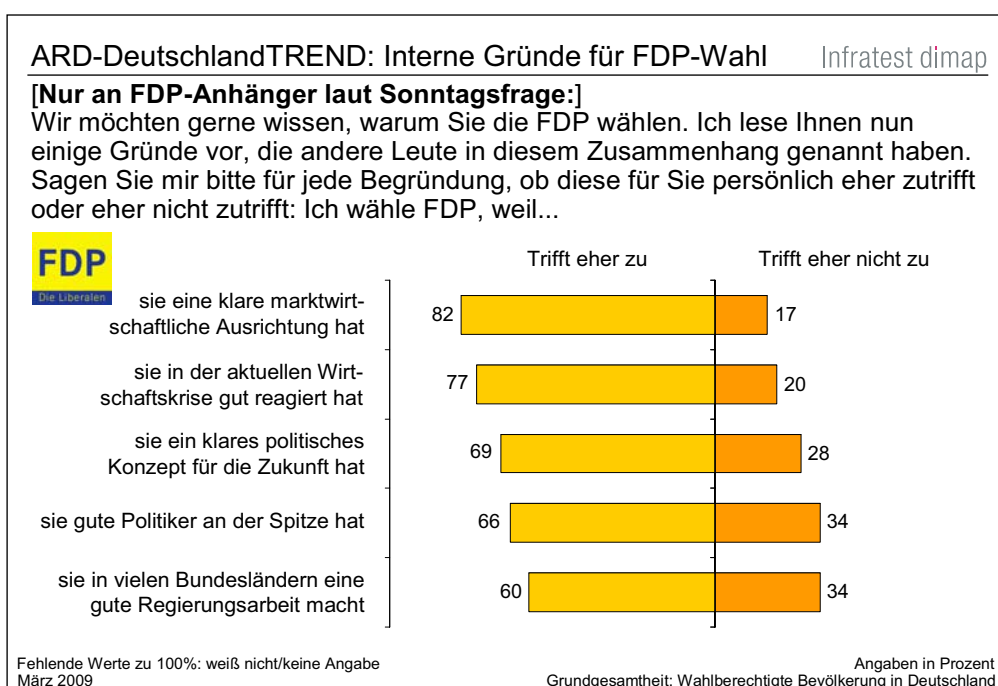
In den **alten Bundesländern** könnte die CDU/CSU derzeit einen Stimmenanteil von 34 Prozent erreichen (-2). Die SPD könnte im Westen der Republik 28 Prozent der Wählerstimmen (+3) auf sich vereinen. Die FDP legt 1 Punkt zu und platziert sich mit 18 Prozent klar vor den Grünen, die unverändert 12 Prozent erzielen. Die Linke gibt 2 Punkte ab und könnte derzeit 5 Prozent der Wähler im Westen von sich überzeugen.

In den **neuen Bundesländern** bliebe die CDU trotz Einbußen (-1) stärkste Partei (27 Prozent). Die Linke würde mit unverändert 26 Prozent zweitstärkste Kraft, vor der SPD mit 25 Prozent (+1). Die Liberalen erreichen in den neuen Ländern unverändert 11 Prozent. Die Grünen hätten nach einem Zuwachs von 1 Punkt 8 Prozent der Stimmen in Aussicht.

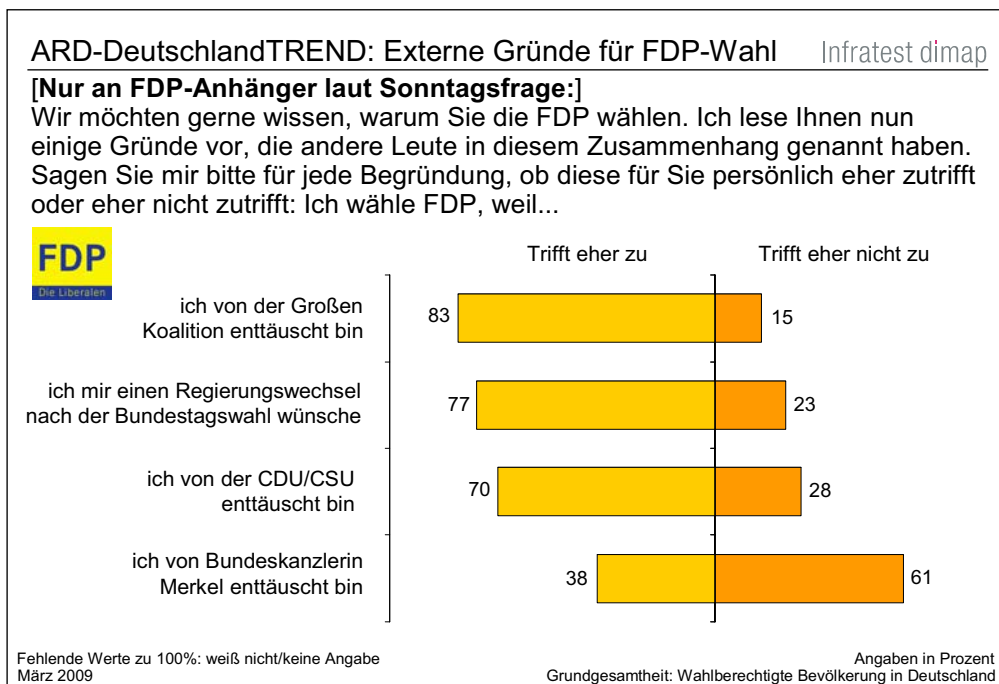
Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Konzeptionelle Gründe und Enttäuschung Hauptmotive für FDP-Stärke

Die klare marktwirtschaftliche Ausrichtung (82 Prozent) der Liberalen und die Enttäuschung über die Politik der Großen Koalition (83 Prozent) stehen für deren aktuelle Anhänger im Vordergrund ihres Votums für die FDP. Mit Blick auf die Partei sind drei Viertel der Überzeugung, dass die FDP in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gut reagiert hat (77 Prozent). Dass die Liberalen ein klares politisches Konzept für die Zukunft (69 Prozent) und gute Spitzenpolitiker (66 Prozent) haben, diagnostizieren jeweils zwei Drittel. Hinzu kommt eine aus Sicht der Anhänger gute Regierungsarbeit in den Ländern, in denen die FDP an einer Koalition beteiligt ist.

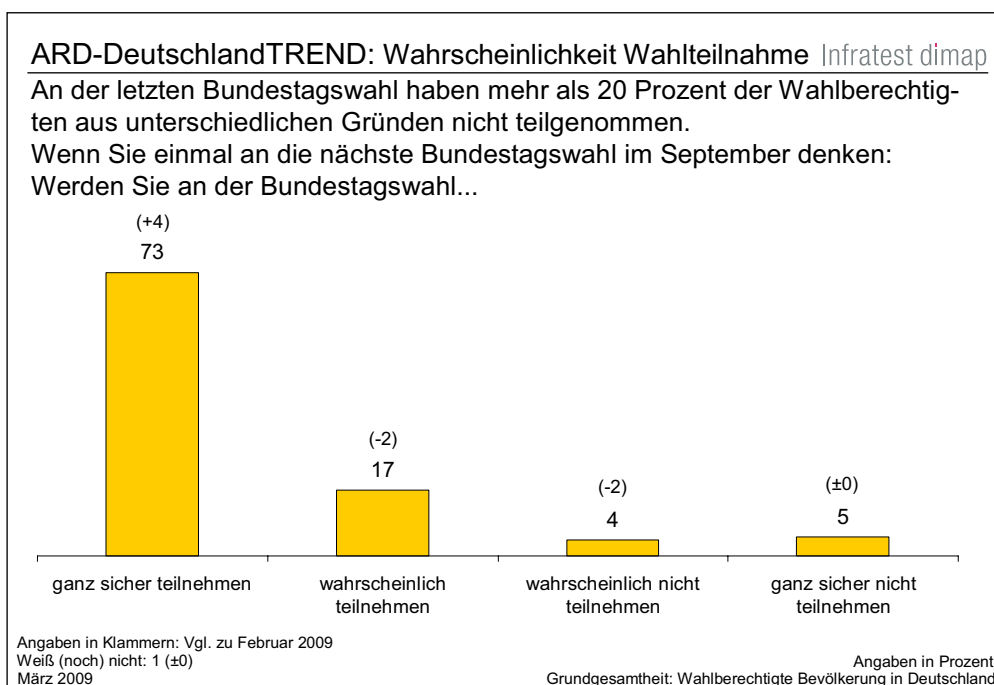


Neben der positiven Bewertung der Partei und ihrer Personen im Bund und in den Ländern sind aber auch externe Gründe verantwortlich für das liberale Stimmungshoch: Neben der Unzufriedenheit mit der Großen Koalition insgesamt, sind sieben von zehn auch speziell vom Koalitionswunschpartner CDU/CSU enttäuscht (70 Prozent). Rund drei Viertel der Anhänger sind von dem Wunsch nach einem Regierungswechsel nach der Bundestagswahl (77 Prozent) motiviert. Enttäuschung über die christdemokratische Regierungschefin spielt eine nachrangige Rolle für das FDP-Votum.



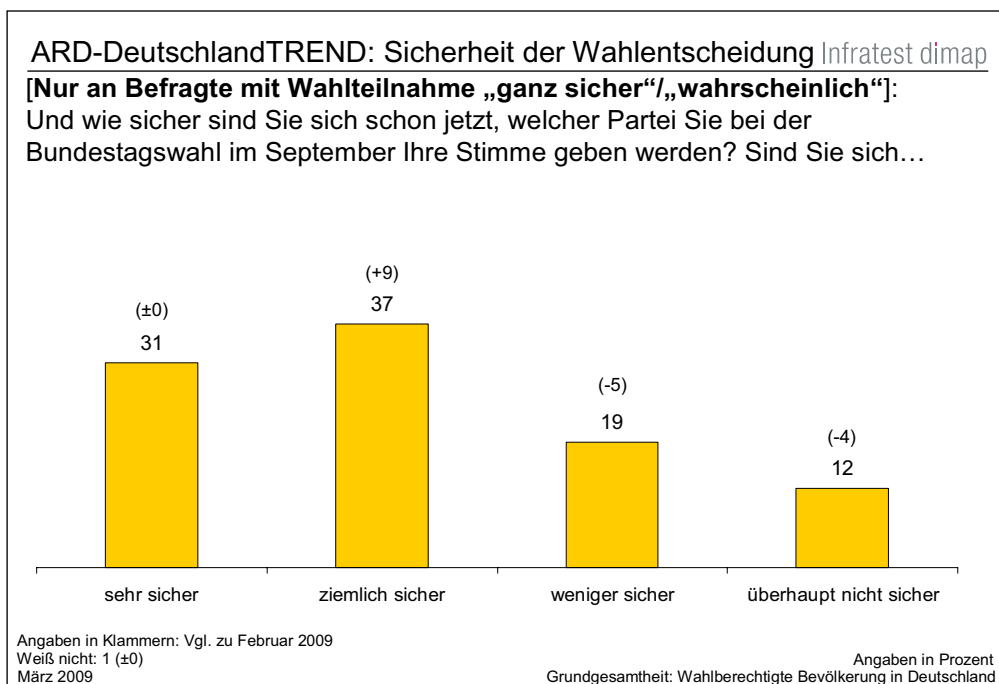
Bundestagswahl im Herbst: sieben von zehn wollen teilnehmen, viele hinsichtlich der Wahlabsicht aber noch unsicher

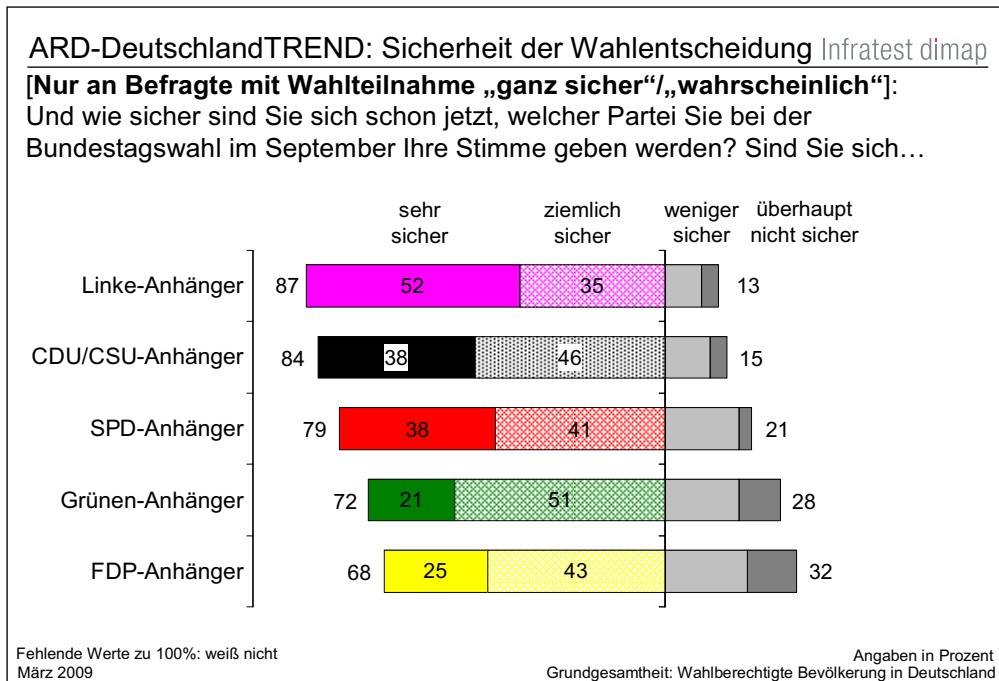
Wie die Bundestagswahl im Herbst tatsächlich ausgehen wird, hängt nicht zuletzt von der Wahlbeteiligung ab, die vor fünf Jahren bei 77,7 Prozent lag. Derzeit äußern sieben von zehn Wahlberechtigten (73 Prozent) die feste Absicht, im September an die Urnen zu gehen. Ein Sechstel (17 Prozent) hält die eigene Teilnahme für wahrscheinlich, erfahrungsgemäß setzt allerdings ein beachtlicher Teil diese vage Absicht am Wahltag nicht um. 4 Prozent wollen ihr Wahlrecht vermutlich nicht, 5 Prozent ganz sicher nicht wahrnehmen. Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl derer, die ihre Wahlteilnahme im Herbst bereits fest ins Auge fassen, leicht gestiegen (+4).



In den neuen Bundesländern, wo die Wahlbeteiligung im Schnitt geringer ausfällt als im Westen, bleibt auch vor dieser Wahl die Teilnahmebereitschaft deutlich hinter der in den alten Bundesländern zurück: Signalisieren in den alten Bundesländern momentan 75 Prozent, ganz sicher an die Urnen gehen zu wollen, sind es im Osten 68 Prozent. Unter den Parteianhängern ist die feste Absicht im Herbst zur Wahl zu gehen, im März besonders ausgeprägt bei den Anhängern der Linken (90 Prozent), vergleichsweise selten dagegen bei den derzeitigen Anhängern der FDP anzutreffen (74 Prozent). In den Reihen der Union, der SPD und der Grünen liegt der Anteil der definitiv zur Wahl Entschlossenen aktuell bei acht von zehn.

Unsicherer noch als die Wahlteilnahme ist die derzeitige Parteipräferenz der Wahlberechtigten – Beleg für die geringe Vorhersagekraft der zum aktuellen Zeitpunkt gemessenen politischen Stimmung. Nur 31 Prozent derer, die definitiv oder wahrscheinlich im September wählen gehen wollen, bezeichnen ihre derzeitige Wahlabsicht bereits als sehr sicher, weitere 37 Prozent als ziemlich sicher. Für jeden Fünften (19 Prozent) kann sich an der eigenen Parteipräferenz durchaus noch etwas ändern. 12 Prozent sind sich sogar noch völlig ungeschlüssig, wem sie im September dieses Jahres ihre Stimme geben werden. Gegenüber Februar ist die Zahl der nach eigener Auskunft faktisch festgelegten gleich geblieben. Jedoch ist die Zahl derer gewachsen, die ihre heutige Parteipräferenz zumindest als ziemlich sicher bezeichnen (+9).





Am entschlossensten zeigen sich momentan die Anhänger der Linkspartei, von denen bereits 52 Prozent ihre aktuelle Wahlabsicht als sehr sicher bezeichnen. Vergleichsweise sicher sind auch die Anhänger von Union und SPD mit einem entsprechenden Anteilswert von jeweils 38 Prozent. Auffallend ist im Monatsvergleich allerdings bei den CDU/CSU-Anhängern der deutliche Rückgang der weitgehend Festgelegten (-10) – Zeichen für eine gewachsene Unsicherheit im Unionslager. Weiterhin vergleichsweise weniger sicher sind die jetzigen Anhänger der Grünen und der FDP. In den Reihen der Grünen bezeichnen 21 Prozent, in den Reihen der FDP 25 Prozent ihre aktuelle Parteipräferenz bereits als sehr sicher.